



# **Deutschland, die Vereinten Nationen und parlamentarische Demokratie: Multilateralismus im Spannungsfeld globaler Krisen**

**Von Roland Theis**

Der 22. Februar 2022 markiert eine Zäsur, die weit über die Ukraine und Europa hinausreicht und die Verwundbarkeit grundlegender internationaler Prinzipien offenlegt. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands wurde nicht nur die bestehende internationale Ordnung erschüttert, sondern auch das Vertrauen in multilaterale Zusammenarbeit nachhaltig beeinträchtigt. In dieser Lage kommt den Vereinten Nationen besondere Bedeutung zu. Seit ihrer Gründung am 24. Oktober 1945 fungieren sie als zentrales Forum, in dem Staaten miteinander in Dialog treten, gemeinsame Regeln entwickeln und kollektive Antworten auf globale Krisen finden. Die Grundlage hierfür bildet die UN-Charta, ergänzt durch zentrale Organe wie die Generalversammlung, den Internationalen Gerichtshof und den Sicherheitsrat.

Am 18. September 1973 wurde die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit der ehemaligen DDR in die Vereinten Nationen aufgenommen. Dies war kein gewöhnliches Datum, denn am diesen Tag wurde die Bundesrepublik wieder Teil der internationalen Diplomatie und der Verständigung zwischen den Völkern. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem wichtigen Akteur im multilateralen System und zum viertgrößten Pflichtbeitragszahler<sup>1</sup>. Zu diesen Pflichtbeiträgen kommen noch andere Zahlungen hinzu. So hat die Bundesrepublik im Jahr 2022 rund 6,8 Milliarden Euro und 2023 circa 5,1 Milliarden Euro an das VN-System bezahlt. Insgesamt ist Deutschland somit der zweitgrößte Beitragszahler<sup>2</sup>.

Tatsächlich war die deutsche Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg stark multilateral geprägt. So entschied beispielsweise das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil im Jahr 1994, dass die Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen teilnehmen darf, sofern diese im

---

<sup>1</sup> Auswärtiges Amt, Hintergrund: Beiträge zum Haushalt der Vereinten Nationen, Stand März 2025

<sup>2</sup> Deutscher Bundestag, Auswärtiges — Unterrichtung — hib 524/2024, Deutschland zweitgrößter Beitragszahler



Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit stattfinden<sup>3</sup>. Die Vereinten Nationen und insbesondere der Sicherheitsrat spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle innerhalb der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik. Aber auch der Bundestag hat hier eine zentrale Funktion, die weit über die übliche Beteiligung anderer nationaler Parlamente hinausgeht. So müssen Auslandsmissionen vom Bundestag beraten und in einer anschließenden Abstimmung eine Mehrheit finden. Zwar führt dieses verfassungsrechtlich festgelegte Prozedere oftmals dazu, dass die Entscheidungsfindung über Auslandseinsätze länger dauert als bei unseren Partnern. Gleichzeitig ermöglicht diese Vorgehensweise Akzeptanz für die Missionen aus der Mitte der Gesellschaft zu bekommen und sichert diese gegen Widerspruch im eigenen Land ab.

Als zentraler Bestandteil der internationalen Ordnung, stehen die VN heute mehr denn je vor erheblichen Herausforderungen. Gleichzeitig darf diese Kritik nicht darüber hinwegtäuschen, dass die UN weiterhin unverzichtbar sind. Gerade in Zeiten eskalierender Konflikte bieten sie einen der letzten verbliebenen Räume für Dialog, Diplomatie und internationale Kooperation. Nicht umsonst hat der deutsche Außenminister, Dr. Johann Wadepuhl, die UN kürzlich als Ort „des Friedens, Menschenrechte und Entwicklung“<sup>4</sup> beschrieben.

Deutschland unterstützt aktiv notwendige Reformen, um die Vereinten Nationen resilienter und handlungsfähiger für die Zukunft aufzustellen. So hat die Bundesrepublik 2025 den Vorsitz der UN Peacebuilding Commission übernommen und versucht, dieses beratende Gremium stärker als Brückenorgan zu etablieren und somit der Fragmentierung innerhalb der Vereinten Nationen entgegenzuwirken. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Umsetzung wichtiger UN-Agenda-Themen, zum Beispiel dem Zusammenspiel von Klima und Sicherheit, die Deutschland weiterhin vorantreibt. Auch die Herstellung von „Synergien zwischen der Peacebuilding Commission und dem Sicherheitsrat [oder] die Rolle der Peacebuilding-Architektur bei der Beendigung von Friedenseinsätzen“ sind in dieser Hinsicht ein wichtiges Anliegen<sup>5</sup>.

Deutschland engagiert sich zudem in der Donor Support Group des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, insbesondere im Hinblick auf die Koordination zwischen den Gebern<sup>6</sup>. Deutschland kommt hier als zweitgrößtem Geber humanitärer Hilfe eine besondere Rolle

---

<sup>3</sup> Bundesverfassungsgericht, Verlautbarung der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts, Pressemitteilung, Nr. 29/1994, Datum: vom 12. Juli 1994

<sup>4</sup> Deutscher Bundestag, 21. Wahlperiode, 38. Sitzung, Berlin am Freitag, den 07. November 2025

<sup>5</sup> Dr. Annika Hansen und Alischka Kugel, ZIF Berlin

<sup>6</sup> Deutscher Bundestag, Regierungsbefragung, 30 Januar 2026



zu7. Die von António Guterres angestoßene UN80-Initiative, die unter anderem versucht, die Liquidität der UN zu verbessern, wird von Deutschland begleitet. In diesem Kontext versucht die Bundesregierung, weitere Institutionen der Vereinten Nationen in Bonn anzusiedeln, was das Interesse Deutschlands an einem starken Engagement unterstreicht.

Bereits heute gibt es mehr als 30 UN-Institutionen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern in Deutschland. Immer häufiger zeigt sich, dass die Zahlungsmoral einiger Länder nachlässt. Daher ist es umso wichtiger, dass Deutschland weiterhin mit gutem Beispiel vorangeht und sein finanzielles Engagement aufrechterhält.

Auch in militärischer Hinsicht beteiligt sich Deutschland. So wird beispielsweise der maritime Teil der UNIFIL-Mission seit 2021 von einem deutschen Admiral geführt. Innerhalb der ehemaligen MINUSMA-Mission, die lange als einer der gefährlichsten deutschen Einsätze galt, hat Deutschland ebenfalls eine zunehmend eine wichtige Rolle gespielt. Insgesamt waren hier zwischen 2013 und 2023 ungefähr 20.000 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz, zeitweise auch mit der Heron-1 Drohne und Hubschraubern<sup>8</sup>. Deutschland hat damit insbesondere Frankreich entlastet, das nach den Anschlägen in Paris 2015 um Unterstützung der europäischen Partner auf Grundlage der EU-Beistandsklausel (Art.42-7 EUV) gebeten hatte.

Es ist daher ein zentrales Anliegen Deutschlands, innerhalb der G4 das Projekt aktiv voranzutreiben, die Welt des 21. Jahrhunderts innerhalb der Vereinten Nationen besser abzubilden. In der Tat gibt es innerhalb des Sicherheitsrats kein einziges afrikanisches Land, obwohl viele Entscheidungen des Gremiums diesen Kontinent betreffen. Die Aussagen von Bundeskanzler Merz während des EU-Afrika-Gipfels in Angola, sich für zwei afrikanische Sitze im Sicherheitsrat einzusetzen, sind daher sehr zu unterstützen<sup>9</sup>. Brasilien als wichtiges südamerikanisches Land, Indien mit über einer Milliarde Einwohnern sowie Japan und Deutschland sollten einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhalten. Deutschland ist bereits fünf Mal als nichtständiges Mitglied gewählt worden. Ein sechstes Engagement ab 2026/2027 ist ein wichtiges Ziel der deutschen Außenpolitik, das es ermöglichen würde, Reformen noch stärker zu unterstützen und sich weiter als engagierter Vertreter des Multilateralismus zu positionieren. Die unterschiedlichen Kontinente sowie die wichtigsten Beitragszahler müssen in diesem Gremium

---

<sup>7</sup> Stand 2024 betrug der deutsche Anteil an der humanitären Hilfe 2.2 Milliarden Euro, Auswärtiges Amt

<sup>8</sup> Bundeswehr, Auslandseinsatz beendet: Die Bundeswehr bei MINUSMA, Dezember 2023

<sup>9</sup> Die Zeit (dpa), Vereinte Nationen – Wadephul für durchgreifende Reform des UN-Sicherheitsrats, 02.01.2026



besser repräsentiert werden.

Die Probleme und Herausforderungen im Multilateralismus sind aufgrund der aktuellen Weltlage sehr groß, auch wenn er nie eine Selbstverständlichkeit war. Umso wichtiger ist es, dass wir als Weltgemeinschaft geschlossen zusammenstehen. Auch wenn der Sicherheitsrat in den vergangenen Jahren wichtige Beschlüsse gefasst hat, wie beispielsweise die Verurteilung iranischer Angriffe auf Nachbarstaaten oder Entscheidungen zu Sierra Leone, die das Land nachhaltig verändert haben, so müssen seine Schwächen doch klar benannt werden: Der Sicherheitsrat bildet die Machtverhältnisse von heute nicht mehr ab, sondern konserviert in gewisser Weise die Weltordnung von 1945.

Umso erfreulicher ist es, dass Deutschland und Frankreich im Rahmen des Aachener Vertrags von 2019 in den Artikeln 5 und 8 ihre enge Zusammenarbeit in allen Institutionen der Vereinten Nationen bekräftigt haben und ihre Positionen im Hinblick auf den Sicherheitsrat enger abstimmen. Es muss das klare Ziel der Europäer sein, auch im Sicherheitsrat mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsam die aktuellen Herausforderungen zu bestreiten.

Ein weiteres zentrales Organ der Vereinten Nationen, das hier Erwähnung finden soll, ist der Internationale Gerichtshof mit Sitz in Den Haag. Sein Ziel ist es, Konflikte zwischen Staaten auf Basis des Völkerrechts zu klären. Ein großes Problem ist dabei - im Gegensatz zu Deutschland - nicht alle Staaten eine generelle Unterwerfung und die Rechtsprechung dieses Gerichtshofes akzeptieren. Wichtige Länder wie Frankreich oder die Vereinigten Staaten gehören zwar dem Internationalen Gerichtshof an, stufen die Gerichtsbarkeit jedoch nicht automatisch als obligatorisch ein. Aufgabe Deutschlands sollte es in dieser Hinsicht sein, stärker für diese Instanz zu werben. Wir können nicht auf der einen Seite den Respekt internationaler Prinzipien fordern, uns aber selbst aus der Verantwortung bei der Kontrolle unserer eigenen Umsetzung ziehen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Mahnung des Chefanklägers der Nürnberger Prozesse, Robert H. Jackson, besondere Bedeutung: „Wir dürfen nie vergessen, dass die Maßstäbe, nach denen wir diese Angeklagten heute beurteilen, dieselben sind, an denen die Geschichte uns morgen messen wird. Wenn wir diesen Angeklagten einen vergifteten Kelch reichen, setzen wir ihn auch an unsere eigenen Lippen“<sup>10</sup>.

---

<sup>10</sup> 10 Supreme Court of the United States, Remarks of the Chief Justice American Law Institute Annual Meeting May 17, 2004, aufgerufen am 23 April 2026



Deutschland ist ein engagierter Partner innerhalb der Vereinten Nationen. Es liegt in unserem Interesse, dieses Engagement aufrecht zu erhalten und auszubauen. Auch im Rahmen der Zeitenwende hat sich Deutschland zwar stärker zur Übernahme von Verantwortung bekannt, dies muss jedoch nun auch in konkretes Handeln umgesetzt werden.

Die 2019 von Frankreich und Deutschland initiierte Allianz für Multilateralismus geht in die richtige Richtung und unterstreicht den Willen beider Länder, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen zeigt sich jedoch, dass normatives Engagement allein nicht ausreicht und durch eine handlungsfähige, strategisch ausgerichtete Außenpolitik ergänzt werden muss. Diese Initiative sollte daher weiter gestärkt und konsequent ausgebaut werden, insbesondere durch eine engere und systematischere Einbindung von Staaten des Globalen Südens, um ihre Legitimität, Wirksamkeit und globale Reichweite nachhaltig zu erhöhen.

Auch in Zeiten internationaler Spannungen und zunehmender Zweifel am Multilateralismus müssen die Vereinten Nationen ein zentrales Organ für die internationale Zusammenarbeit bleiben. Dennoch darf der aktuelle internationale Kontext nicht als Ausrede für ausbleibende Reformen dienen. Auf Deutschland kommen daher zwei wichtige Aufgaben zu. Auf der einen Seite muss Deutschland treibende Kraft für Reformen bleiben und hierfür seine diplomatischen Strukturen nutzen, um möglichst viele andere Länder zu überzeugen. Auf der anderen Seite müssen wir unser aktuelles finanzielles Engagement aufrechterhalten und uns trauen, noch stärker Verantwortung zu übernehmen. Die Bestrebungen Deutschlands innerhalb der G4-Initiative sind in dieser Hinsicht ein wichtiger Schritt, der durch konkretes Handeln und ein starkes Engagement begleitet werden muss. Deutschland muss stärker von der Rolle des Gestalters hin zur Rolle des Antreibers kommen. Dies schafft Vertrauen gegenüber unseren Partnern und zeigt, dass wir es ernst mit dem Multilateralismus meinen.

## über den Autor

*MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Europaausschuss und im Unterausschuss für Internationale Ordnung*